
REGIONALWIRTSCHAFTLICHE UNTERSCHIEDE EINST UND JETZT

Rezension von: Josef Wysocki (Hrsg.),
Wirtschaftliche Integration und
Wandel von Raumstrukturen im
19. und 20. Jahrhundert, Schriften des
Vereins für Socialpolitik N. F. 232,
Duncker & Humblot, Berlin 1994,
187 Seiten, öS 671,-.

Der Band beinhaltet die schriftliche Ausarbeitung der Referate zweier Tagungen des wirtschaftshistorischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik in den Jahren 1991 und 1992. Es werden darin an verschiedenen Beispielen aus der deutschen und österreichischen Wirtschaftsentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts zwei wesentliche, vielfach ursächlich und wechselwirksam miteinander verbundene Prozesse, nämlich jener der wirtschaftlichen Integration und jener raumstruktureller Wandlungen, untersucht.

Ungleichgewichte innerhalb von Volkswirtschaften haben vielerlei Ursachen. Externe Kontakte, institutionelle Gegebenheiten und die Fiskalpolitik des Zentralstaates spielen dabei herausragende Rollen.

Einige Regionen eines Staates verfügen über Handelskontakte zu entwickelteren ausländischen Gebieten. Durch die Ausnutzung dieser Exportmöglichkeiten gewinnen diese Regionen ein Wachstumspotential. Demgegenüber bleiben Regionen, die infolge ihrer Ressourcenausstattung und hoher Transportkosten von den internationalen Handelsströmen ausgeschlossen sind, zurück. Internationale Handelsverbindungen stellten keine hinreichende, offensichtlich aber eine

notwendige Bedingung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum dar.

In Deutschland zeigten sich vereinzelte Industrialisierungsansätze schon Ende des 18. Jahrhunderts, vor allem in Oberschlesien. Nachhaltiges industrielles Wachstum begann in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, zuerst in Schlesien, in Sachsen und im Rheinland. Später folgten Westfalen, Hessen, Baden, Württemberg und Bayern. Raumstrukturelle Veränderungen im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß Deutschlands unter besonderer Gewichtung des Süd-Nord-Gefälles sind das zentrale Thema des Beitrags von D. Petzina. Dabei werden unterschiedliche regionale Entwicklungsgeschwindigkeiten festgestellt.

Innerhalb des Habsburgerreiches setzte modernes Wirtschaftswachstum zunächst in den Alpenländern und in den Ländern der böhmischen Krone ein. In Italien besaßen die nördlichen Regionen aufgrund ihrer kommerziellen Zentren und der Handelsverbindungen zu den fortgeschrittenen westeuropäischen Ländern einen Vorsprung gegenüber den südlichen Regionen.

Die relative Verschlechterung der Einkommensposition von Regionen in der frühen Phase nachhaltigen Wirtschaftswachstums ging in vielen Fällen einher mit einer absoluten Verbesserung des Einkommensniveaus in diesen Gebieten. Regionen mit anfangs niedrigem Einkommen blieben also gegenüber reicheren Regionen weiter zurück, erfuhren aber dennoch eine signifikante Vergrößerung ihrer produktiven Kapazität. Diese Feststellung traf auf Gebiete wie Dalmatien, Galizien, Siebenbürgen und Kroatien-Slavonien in Österreich-Ungarn zu. Ch. Dirninger beschreibt im vorliegenden Band den Prozeß der binnenstaatlichen Wirtschaftsintegration in der Habsburgermonarchie.

Das Wirtschaftswachstum in den genannten Regionen war zwar gering im

Vergleich zu anderen Regionen innerhalb Österreich-Ungarns, aber gleich dem Wachstum übertraf jenes in mehreren westeuropäischen Nationalstaaten während der betreffenden Epoche. Der rückständige Süden Italiens stellte eine Ausnahme dar: Während das gesamtitalienische Pro-Kopf-Einkommen stieg, fiel der entsprechende Wert für die Südregion von 1891 bis 1911.

Den regionspezifischen wirtschaftlichen und politischen Institutionen kommt im Zusammenhang mit der regional ungleichmäßigen Entwicklung eines Landes eine wesentliche Bedeutung zu. Die Fähigkeit einer Region, importierte Techniken zu adaptieren und eigenständige Techniken zu entwickeln, überhaupt die technische Kompetenz und Innovationsfähigkeit hängen von den jeweiligen institutionellen Gegebenheiten ab. Insbesondere bestimmen die Eigentumsrechte an den Produktionsfaktoren maßgeblich die Produktivität von Boden, Arbeit und Kapital. Eine Eigentumsrechtsstruktur, welche Unsicherheiten reduziert, bietet einen Anreiz für Ressourcenmobilität und produktivitätssteigernde Innovationen. Existieren innerhalb einer Volkswirtschaft Regionen mit wachstumsfördernden Eigentumsrechten und Institutionen neben solchen, welchen diese Voraussetzungen fehlen, so können bestehende Entwicklungsdiskrepanzen fortbestehen oder sich vergrößern.

Diese institutionellen Verschiedenheiten sind einerseits das Resultat regional unterschiedlicher Input-Preise und regional unterschiedlicher Stärke und Zusammensetzung der Produktnachfrage. Andererseits liegt in dem Machtverhältnis zwischen Interessengruppen auf regionaler und nationaler Ebene ein angebotsseitiger Erklärungsfaktor für die institutionelle Verschiedenheit. Dem Staat kommt eine kritische Bedeutung zu, da er die Eigentumsrechte regelt und vollzieht.

Unterentwickelte Regionen besitzen geringe Chancen zum Aufholen, falls dort politische Eliten dominieren, welche ein Interesse an der Erhaltung wachstumsbehindernder Eigentumsrechte haben oder Ressourcen aus produktiven Verwendungen abziehen. Gleiches trifft zu, wenn der Zentralstaat institutionelle Reformen ablehnt, da die dahinterstehenden Interessengruppen aus der Erhaltung des Status quo Nutzen ziehen.

Regionale Unterschiede verringern sich, falls in unterentwickelten Regionen Interessengruppen dominieren, die innovations- und wachstumsfördernde Reformen durchsetzen. Vielfach erfolgten institutionelle Änderungen und wirtschaftspolitische Maßnahmen in rückständigen Regionen auch auf Betreiben des Zentralstaates. Dieser stand in Konkurrenz zu anderen Staaten und suchte daher die wirtschaftliche Grundlage seiner politischen und militärischen Macht zu stärken.

Ein interessantes Untersuchungsfeld stellen in diesem Zusammenhang die Konflikte zwischen verschiedenen nationalen und regionalen Interessengruppen über die territoriale Ausgestaltung der staatlichen Infrastrukturpolitik dar. D. Ziegler widmet sich der Frage der Bestimmungsfaktoren der Entwicklung des deutschen Eisenbahnnetzes im 19. Jahrhundert im Spannungsfeld wirtschaftlicher und militärischer Interessen einerseits und regionaler Interessen und großräumiger Raumplanung andererseits.

Der gemeinsame Haushalt der österreichisch-ungarischen Monarchie dürfte in regionaler Hinsicht neutral gewesen sein.

Ein zwingender kausaler Zusammenhang zwischen dem Charakter der Fiskalpolitik des Zentralstaates und den regionalen Unterschieden läßt sich nicht behaupten. Einkommens-transfers von reicheren zu ärmeren Regionen führen nicht unbedingt zu einer Konvergenz der regionalen Pro-

Kopf-Einkommen, und derartige Konvergenz ist auch dort nicht ausgeschlossen, wo die Fiskalpolitik regressive regionale Verteilungswirkungen hat.

Bei der Erklärung der Tendenzen regionaler Entwicklungsunterschiede kommt den politischen und wirtschaftlichen Institutionen ein wesentlich höherer Stellenwert zu als der Fiskalpolitik. Der institutionelle Wandel in der Landwirtschaft war von ausschlaggebender Bedeutung, da dieser Sektor in der Frühphase modernen Wirtschaftswachstums der bei weitem größte war.

Die Frühphase nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung ging einher mit der Schwächung traditioneller Eliten gegenüber dem Zentralstaat. Dennoch besaßen regionale Eliten bis zum Ersten Weltkrieg auf der Grundlage ihrer agrarischen Besitze erhebliche wirtschaftliche und politische Macht. Sie paßten sich zwar den Marktkräf-

ten an, behaupteten aber gleichzeitig vorkapitalistische agrarische Institutionen, traditionelle Machtinstrumente und Privilegien. Die relative Position von Regionen, wo diese traditionellen agrarischen Eliten und Institutionen dominierten, verschlechterte sich (östliche Regionen in Deutschland und in Österreich-Ungarn, Süditalien).

Weitere Beiträge in diesem Band befassen sich mit Strukturwandlungen im System deutscher Montanregionen im 19. Jahrhundert (T. Pierenkemper), mit der Raumordnungspolitik in der DDR (J. Roesler), mit der wirtschaftlichen Integration Westeuropas in den fünfziger Jahren (W. Abelshauser) und mit den Problemen der osteuropäischen Wirtschaftsintegration im Rahmen des RGW (G. Neumann).

Alles in allem ist dieser Band wirtschaftshistorisch und/oder regionalpolitisch interessierten Lesern sehr zu empfehlen.

Martin Mailberg